

Handel und Wandel: das sind entscheidende Aufgaben der Zukunft. Es muß unser aller Mühen sein, etwa noch vorhandene Giftstoffe eines engen Nationalismus aus unserem Volk zu verbannen.

In dieser gegenwärtigen Stunde haben unsere Glaubensbrüder aus den Ostgebieten von Gott eine besondere Sendung. Niemand darf es ihnen verargen, wenn sie sich treffen und das geistige und religiöse Erbe ihrer Heimat lebendig erhalten. Aber mögen alle, besonders jene, die Verantwortung tragen, sorgsam darauf achten, daß jeglicher Gedanke der Vergeltung und Gewalt endgültig überwunden wird. Dem Unrecht, das im Namen des deutschen Volkes geschehen ist, antworte das im Geiste Christi bejahte Opfer unserer Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, das sie für uns alle auf sich nehmen und das wir durch unsere brüderliche Liebe und Hilfe mit ihnen tragen wollen. Das ist der Geist, der uns aus dem Grab der Heiligen von Trebnitz anruft und unserem Volk eine bessere Zukunft verheißt.

Laßt mich nun ein Wort an unsere katholischen Brüder in Polen richten. In letzter Zeit ist manches harte, mißtrauische Wort von dort zu uns herübergeklungen. Dieses Mißtrauen wird von der Meinung genährt, es habe sich bei uns nichts geändert und ein neuer Krieg werde zielbewußt vorbereitet. Ich wiederhole noch einmal in voller Überzeugung, was ich schon sagte: Kein Wunsch und kein Entschluß ist im deutschen Volk so fest verankert wie das Verlangen, Frieden mit seinen Nachbarn zu halten.

Besonders gefährlich scheinen mir Vorurteile zu sein, die aus einer bestimmten Ideologie erwachsen. Danach werden Motive und Ziele der Mitmenschen und anderer Völker von vornherein so feindlich abgestempelt, daß der Weg zu einer echten Verständigung versperrt wird. Der Nationalismus der Vergangenheit war gewiß verhängnisvoll. Aber ist die Klassenkampfideologie mit ihrem planmäßig geschürten Haß und zudem mit ihrem Mißbrauch nationalistischer Instinkte nicht noch viel gefährlicher? Wir bewundern die opferstarke Glaubensstreue unserer Glaubensbrüder in Polen, um so zuversichtlicher hoffen wir, daß sie sich von solcher Hetze nicht beeinflussen lassen.

Wir wollen in beiden Völkern, umfassen von der Gemeinschaft unserer heiligen Kirche, innerlich gelöst von bitteren Erinnerungen an die Vergangenheit, frei von allen ideologischen Verdächtigungsversuchen und von dem Bestreben, einander Lösungen aufzuzwingen, in der Liebe Christi uns mühen, den Frieden zwischen unseren Völkern zu sichern, und so der friedvollen Einigung unter den Völkern Europas die Wege bereiten.

Wollen wir nicht über das Grab der hl. Hedwig hinweg uns die Hände reichen, um ein festes Band des Friedens neu zu knüpfen! Laßt es mich noch schlichter sagen: Beten wir demütig und inständig, daß uns Gott auf die Fürbitte dieser heiligen Frau, deren Mutterherz unsere Völker liebend umschließt, in allen Teilen Polens und Deutschlands wahre Freiheit, rechte Einheit und dauerhaften Frieden schenke.

(Die Predigt Kardinal Döpfners wurde am 29. Oktober in der Wochenzeitschrift der polnischen Kommunisten „Polityka“, auszugsweise wiedergegeben. Die Zeitschrift schrieb dazu: „Wir haben keinen Grund, die guten Absichten des Kardinals anzuzweifeln... Wir möchten seine Ansprache nicht bagatellisieren oder geringschätzen.“ Doch heißt es in dem Kommentar — in der Zusammenfassung von Hansjakob Stehle [vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 31. 10. 60] —, den Akzenten in Kardinal Döpfners Rede könne man nicht zustimmen. „Das betreffe vor allem Döpfners Aufforderung, die beiden Nationen sollten aufhören, sich ihre gegenseitige Schuld vorzuwerfen. Die „Polityka“ bezeichnet die Vertreibung der Deutschen als unvergleichbar mit den nationalsozialistischen Verbrechen in Polen und zieht dabei — ein ungewöhnlicher Vorgang in der polnischen Presse — die Vertreibung der Polen aus den jetzt russischen Gebieten zum Vergleich heran“ [Stehle a. a. O.]. Abschließend heißt es in „Polityka“: „Rein verbale Deklarationen können uns nicht genügen, wenn sie mit den Fakten in völligem Widerspruch stehen: friedfertige Versicherungen und gleichzeitig Aufbau einer Militärmacht, Bagatellisierung von Revanchetendenzen und Vorwürfe einer Schuld, die kein Pole fühlt.“)

Die Kirche in den Ländern

Die Kirche und die soziale Revolution in Kuba

Ehe man das Phänomen des heutigen Kuba in die weltpolitischen Zusammenhänge rückt, die ihm seine aktuelle Brisanz geben, tut man gut, zunächst einmal die historischen und lokalen Komponenten zu sehen, die das Abenteuer Fidel Castros als ein Ereignis der innerkubanischen Geschichte ausweisen. Diese wären also in ihren wesentlichen Zügen kurz darzustellen.

Kuba, die größte Insel der Großen Antillen mit 114 534 qkm Fläche, einer Länge von 1100 km und einer Breite zwischen 50 und 100 km, wurde 1492 von Kolumbus entdeckt und zunächst „Juana“ genannt, nach der Tochter der Katholischen Könige, in der Geschichte bekannt als Johanna die Wahnsinnige und Mutter Karls V. Doch setzte sich der indianische Name Cuba für die Insel durch, die, selbst wie ein Schlüssel geformt, der dem Eingang in den Golf von Mexiko zwischen Florida und der

Halbinsel Yucatan vorgelagert ist, wirklich eine strategische und wirtschaftliche Schlüsselstellung einnimmt. Seit 1634 trägt die Hauptstadt Havanna denn auch den vom spanischen König verliehenen Titel „Schlüssel der Neuen Welt und Bollwerk West-Indiens“, und selbst die Republik führt einen goldenen Schlüssel zwischen zwei Landzungen im Wappen.

1511 begann die eigentliche Kolonisation, 1518 wurde das erste Bistum gegründet und vier Jahre später nach Santiago de Cuba im Osten der Insel verlegt. Die Urbevölkerung starb bald aus, ihre Arbeitskraft wurde durch afrikanische Sklaven ersetzt, von denen im Laufe der Jahrhunderte etwa eine Million ins Land kam. Heute zählt Kuba 6,5 Millionen Einwohner, davon etwa 70% Weiße. Auch nach der Emanzipation der spanischen Besitzungen auf dem amerikanischen Kontinent zu Beginn des 19. Jahrhunderts blieben Kuba und Puerto Rico bei der Krone Spaniens; alle Unabhängigkeitsbewegungen, die schließlich in einem zehnjährigen Krieg (1868—1878) gip-

felten, waren letztlich erfolglos. Nach kurzer Befriedung brach 1895 ein neuer Kampf gegen Spanien aus, geführt und befeuert von José Martí, dem jugendlichen Nationalhelden Kubas und einbekanntem Leitbild Fidel Castros. Er fiel in der Schlacht am 12. Mai des gleichen Jahres, aber der Aufstand breitete sich bald auf der ganzen Insel aus, wobei er, genau wie die Bewegung von 1958, von den Ostprovinzen und den Gebirgszügen der Sierra Maestra nach Westen vordrang. Die Maßnahme des spanischen Befehlshabers, der, um den Aufständischen ihre materielle Grundlage und ihre natürlichen Verbündeten zu entziehen, die Landbevölkerung in die Städte zusammenziehen ließ, wo viele Tausende Hungers starben, veranlaßte die Vereinigten Staaten im Namen der Menschlichkeit zu einer ersten Intervention. Spanien war bereit, ab 1. Januar 1898 eine gewisse Autonomie zu gewähren, doch die Aufständischen verlangten die vollständige Unabhängigkeit. Die Explosion eines nordamerikanischen Kriegsschiffes im Hafen von Havanna gab den USA den erwünschten Anlaß zum Eingreifen.

Die Herrschaft der Vereinigten Staaten

Der Krieg brach aus und endete bald mit der völligen Niederlage Spaniens, das Puerto Rico und Kuba sowie die Philippinen an die USA verlor. In den ersten Jahren nach Kriegsende wurde Kuba von amerikanischen Gouverneuren regiert, bis sich die Insel eine eigene republikanische Verfassung gab. Ein Zusatzvertrag („Amendment Platt“) sicherte den Vereinigten Staaten allerdings so weitgehende Interventionsrechte, daß die Republik Kuba dadurch eher auf die Stufe eines Protektorats gedrückt wurde. Zu verschiedenen Malen machte denn auch die Regierung der USA von ihren Rechten Gebrauch und griff militärisch in die Geschicke des jungen Staatswesens ein. 1934 verzichtete Roosevelt auf die demütigenden Vorrechte im Zuge der sich anbahnenden Politik der „Guten Nachbarschaft“; ein neuer Vertrag zwischen den beiden Staaten sichert den USA indessen weiterhin den wichtigen Flottenstützpunkt Guantánamo am südöstlichen Ufer der Insel, und neueste Äußerungen von politischer und militärischer Seite haben energisch die Unverzichtbarkeit dieses Rechtes bekräftigt.

Kuba verdankt also seine Unabhängigkeit von Spanien und die Selbständigkeit seines Staatswesens den Vereinigten Staaten, aber es geriet sofort in eine neue Abhängigkeit nicht nur politischer, sondern auch geistig-kultureller und vor allem wirtschaftlicher Art. Der neue Staat mit seiner damals noch einheitlich katholischen Bevölkerung, dessen Katholizismus allerdings die bekannten strukturellen Schwächen der Kirche in Lateinamerika überhaupt aufwies, proklamierte alsbald nach dem Muster der USA die Trennung von Staat und Kirche und verbot jeden Religionsunterricht in den öffentlichen Schulen. Der liberale Einfluß bemächtigte sich des Denkens der Oberschicht. Protestantische Missions- und Schultätigkeit konnte sich frei entfalten; bezeichnenderweise war der erste Präsident der jungen Republik Kuba selbst Protestant. Es scheint, daß auch an der Revolution von Fidel Castro viele Protestanten aktiv teilgenommen haben und führende Stellen in Regierung und Verwaltung bekleiden. Heute zählt Kuba annähernd eine Million Protestanten unter seinen Einwohnern.

Vor allem aber befand sich Kuba bisher in fast völliger wirtschaftlicher Abhängigkeit von seinem Nachbarn im

Norden. Kuba ist der größte Zuckerelexporteur der Welt. Im Jahre 1940 waren 50% der Anbaufläche mit Zuckerrohr bepflanzt; im gleichen Jahr entfielen auf Kuba 17% der Weltzuckererzeugung und 28% der Rohrzuckererzeugung. Zucker ist in Kuba zu 80—90% am Gesamtexport beteiligt, Tabak nur mit 5%. Der Zucker und der Zuckerpreis sind also die eigentlichen Machthaber der Insel.

Im Jahre 1951 nun waren von 174 Zuckerfabriken 54% in amerikanischem und nur 34% in kubanischem Besitz. Aber obwohl die Zuckerverträge mit den USA für Kuba nicht ungünstig waren und die Preise sogar über dem Weltmarktpreis lagen, blieb die übertriebene Monokultur nicht ohne schädigende Rückwirkungen, vor allem durch die saisonbedingte, fast totale Arbeitslosigkeit der Landarbeiter durch lange Monate hindurch. Strukturveränderungen waren seit langem an der Tagesordnung; aber die USA hatten begreiflicherweise kein Interesse daran, und so stützten sie die Diktatur von Fulgencio Batista, der für die Aufrechterhaltung der bestehenden Verhältnisse sorgte.

Der Weg Fidel Castros

Aus dieser Situation heraus erklärt sich die Dynamik der von Fidel Castro entfesselten Bewegung. Sie entstand als Reaktion freiheitlich gesinnter Studenten und Intellektueller gegen Batista, der 1952 durch seinen zweiten Staatsstreich die ersten freien Präsidentenwahlen, die in Kuba seit langer Zeit wieder stattgefunden hatten, unwirksam gemacht hatte. Am 26. Juli 1953 unternahmen 200 Studenten unter Führung von Fidel Castro Ruz, einem jungen Juristen und Sohn eines mittleren Großgrundbesitzers, einen Angriff auf die Festung Moncada in der Provinz Oriente. Nach diesem Datum heißt die Bewegung denn auch „Bewegung des 26. Juli“. Der Angriff hatte keinen Erfolg, Castro wurde zusammen mit seinem Bruder Raúl zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt, aber bereits 1955 im Rahmen einer Amnestie freigelassen. Während der Emigrantenjahre in Mexiko geriet er, der zuvor von den Idealen der Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie beseelt war, unter marxistisch-revolutionären Einfluß vor allem durch die Begegnung mit dem argentinischen Arzt und Berufsrevolutionär Ernesto „Ché“ Guevara. Unter dem Druck der mexikanischen Behörden, denen die unruhige kubanische Emigrantengruppe lästig zu werden begann, entschloß sich Castro zur Rückkehr nach Kuba. Am 30. November 1956 ging er mit 82 Mann im Osten der Insel an Land. Nur 12 von ihnen gelang es, sich in die schützenden Berge der Sierra Maestra durchzuschlagen. Von hier aus wurde der Partisanenkrieg geführt und zugleich ein politischer Aufklärungsfeldzug unter den „campesinos“, den Landarbeitern der Zuckerplantagen, unternommen, aus denen sich die Reihen des Revolutionsheeres so stärkten, daß Fidel Castro am 1. Januar 1959 an der Spitze von 12000 klassenbewußten Kämpfern in der Hauptstadt Havanna einziehen konnte, kurz nachdem Fulgencio Batista sie fluchtartig verlassen hatte.

Die Landreform und ihre Folgen

Das Ereignis, das im Grundmuster starke Ähnlichkeit mit der chinesischen Revolution Mao Tse-tungs aufweist, ist insofern für ganz Lateinamerika von leitbildhafter Bedeutung, weil hier eine Revolution des *ländlichen*, nicht des städtischen Proletariats gesiegt hat. Was das bedeutet, wird klar, wenn man sich daran erinnert, daß mehr als die

Hälfte aller Lateinamerikaner auf dem Lande lebt, dabei aber zum größten Teil Bedingungen quantitativen oder spezifischen Hungers ausgesetzt ist, während in den USA etwa 10% der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig sind und dabei gewaltige Produktionsüberschüsse erzielen. Wichtiger vielleicht als der mehr vordergründige politische Aspekt der kubanischen Revolution ist darum die Tatsache, daß hier zum ersten Mal eine an die Wurzel gehende Agrarreform in Angriff genommen worden ist. Die entscheidende und tragende Institution des neuen Kuba ist denn auch das neugeschaffene „Instituto Nacional de Reforma Agraria“ (abgekürzt INRA), das die Reform in dreifacher Hinsicht durchzuführen hat: 1. Änderung der Besitzverhältnisse, 2. materielle und soziale Besserstellung des Landproletariats, 3. Ersatz der Monokultur durch größere Mannigfaltigkeit der Produktion. Das ist nicht anders durchzuführen als durch Enteignungen, die das Maximum an Landbesitz auf 420 ha festlegen — eine maßvoll erscheinende Bestimmung angesichts der Tatsache, daß 1946 8% aller landwirtschaftlichen Eigentümer über 71% des Landes verfügten. Die Durchführung des Gesetzes scheint allerdings gewalttätig und oft ohne die vorgesehene Entschädigung vorgenommen zu werden. Auch ist von einer Verteilung des enteigneten Landes an die Landarbeiter wohl die Rede, aber dieser Rede folgt nicht die Tat; vielmehr werden Produktionsgenossenschaften in Abhängigkeit vom INRA gegründet, das sich allmählich zur obersten Behörde eines Staatskooperativismus entwickelt.

Ohne Zweifel hat einstweilen das Regime in den von der Landreform erfaßten Campesinos ihr stärkstes Bollwerk. Andererseits können die Maßnahmen der Landreform nicht isoliert betrachtet werden, am wenigsten in einem so von der Landwirtschaft bestimmten Lande wie Kuba. Das Regime nimmt mehr und mehr totalitäre Züge an, die zunehmend mit marxistischer Doktrin aufgeladen und von direktem russischen Einfluß verstärkt werden. Die Gegnerschaft zu den Vereinigten Staaten nimmt immer fanatischere Formen an; die Enteignungen des gesamten nordamerikanischen Eigentums rufen die Reaktion eines Wirtschaftskrieges hervor, dessen Folgen Kuba nur noch mehr in die rettenden, aber zugleich umklammernden Arme des Ostblocks treiben. Seit dem 6. Juli wurde der amerikanische Zuckerkauf gesperrt. Castro plant, die Gesamtproduktion für viele Jahre an die Sowjetunion zu verkaufen. Aber die Sowjets pflegen in Waren und zu den von ihnen festgelegten Preisen zu bezahlen. Das müßte schwere Verluste für Kuba bedeuten, zu Lohnsenkungen und damit zu politischen Unruhen führen — es sei denn, die Russen ließen sich das Spiel aus politischen Gründen einen hohen Einsatz kosten.

Der Hirtenbrief des Episkopats

Der wachsende sowjetische Einfluß nun hat in letzter Zeit immer wieder zu einer Versteifung des Verhältnisses zwischen dem Regime und der katholischen Kirche geführt (vgl. Herder-Korrespondenz 14. Jhg., S. 501). Am 7. August 1960 veröffentlichte der kubanische Gesamtepiskopat einen gemeinsamen Hirtenbrief gegen den Kommunismus, dessen voller Wortlaut hier folgt:

„Gott der Herr hat die Welt nicht geschaffen, damit die Güter, die der Mensch dank seinem Verstande und seiner Arbeit auf ihr hervorbringen kann, nur dazu dienen, einigen wenigen das Leben angenehm zu machen, wäh-

rend zahllose Massen nicht einmal die nötigen Mittel zur Befriedigung ihrer elementaren Bedürfnisse haben. Eine gerechtere Verteilung des Reichtums war von je und wird immer einer der wesentlichsten Punkte der katholischen Soziallehre sein und bleiben, wie Papst Pius XII. gesagt hat.

Die Kirche segnet die Mittel, die eingesetzt worden sind, um den Lebensstandard des Volkes zu heben. So hat sie sich in den jüngsten Tagen unserer vaterländischen Geschichte verhalten, wie Erklärungen vieler Bischöfe bei verschiedenen Anlässen beweisen.

Wirklich war es für die Kirche Grund zur Genugtuung, als vor mehr als einem Jahr bekannt wurde, daß eine Landreform geplant sei, die nach gerechter Entschädigung der Grundeigentümer Hunderttausenden von Bauern gestatten würde, selbst Eigentümer der Ländereien zu werden, auf denen sie arbeiteten. Voll Hoffnung und Freude hat sie auch von den großen Industrialisierungsprojekten vernommen, durch die die Regierung, ohne die Privatindustrie zu zerstören, neue Produktionsquellen erschließen will, die das schwere Problem der Arbeitslosigkeit lösen helfen könnten.

Die Kirche sah auch mit Befriedigung, daß Regierungsstellen sich auf alle Weise bemühten, die Lebenskosten zu senken und das Einkommen der ärmsten Bevölkerungsschichten zu heben; und sie war sehr zufrieden mit der Vermehrung von Schulen und Krankenhäusern, mit der Einrichtung von Badestränden und Sportplätzen, die auch Mitbürgern mit sehr geringem Einkommen offen stehen, wie überhaupt mit der Tatsache, daß man sich anstrenge, auch noch dem vergessenen unserer Brüder, dem Bauern der ärmsten Gebiete Kubas, die Wohltaten und Vorteile der Zivilisation zugänglich zu machen.

Mit Beifall sah die Kirche, wie man in allen Provinzen der Republik, in Stadt und Land, Hunderte von billigen Häusern baute, die das drängende Problem der Wohnungsnot angriffen; und sie freute sich auch, daß man energisch daranging, die öffentliche Verwaltung moralisch zu säubern, das Laster des Glücksspiels zu bekämpfen und ungerechte Beschränkungen aufzuheben, denen viele unserer Brüder nur wegen ihrer Hautfarbe unterworfen waren.

Soziale Reformen, die bei Anerkennung der legitimen Rechte aller Bürger dazu führen, das wirtschaftliche, kulturelle und soziale Los der Armen zu verbessern, können heute und stets mit der entschiedensten moralischen Unterstützung der Kirche rechnen.

Wir würden jedoch unsere Pflicht, unseren Gläubigen und dem ganzen kubanischen Volke die volle Wahrheit zu sagen, versäumen, wenn wir bei der Bilanz der positiven und negativen Gesichtspunkte in diesem geschichtlichen Augenblick unseres Vaterlandes nicht auch in voller Klarheit unsere Hauptsorgen und Befürchtungen zu wissen gäben.

Wir könnten einige Punkte nennen, wo die oben erwähnten sozialen Maßnahmen ohne die nötige Rücksicht auf die Rechte aller Bürger durchgeführt wurden, die man zuvor versprochen hatte. Aber wir glauben, es ist besser, daß wir uns auf ein Problem von ganz besonderer Bedeutung beschränken, das niemand guten Glaubens im gegenwärtigen Augenblick leugnen kann: das Vordringen des Kommunismus in unserem Lande.

In den letzten Monaten hat die Regierung von Kuba enge wirtschaftliche, kulturelle und diplomatische Beziehungen mit den wichtigsten kommunistischen Ländern, vor allem

mit der Sowjetunion, aufgenommen. Vom seelsorglichen Standpunkt hätten wir nichts zu dem streng wirtschaftlich-ökonomischen Charakter dieser Beziehungen zu sagen. Was uns jedoch aufs tiefste beunruhigt, ist die Tatsache, daß aus Anlaß dieser Beziehungen Presse, Beamte, Gewerkschaftsführer und sogar einige hochgestellte Regierungsmitglieder wiederholt und aufs wärmste die Lebensform jener Völker gepriesen und in Reden innerhalb und außerhalb Kubas angedeutet haben, daß nach Mitteln und Zielen zwischen der kubanischen Revolution und den sozialen Umwälzungen jener Länder vieles sich deckt und einander ähnelt.

Das macht uns große Sorge, weil Katholizismus und Kommunismus zwei grundverschiedene Leitbilder vom Menschen und von der Welt haben, die sich niemals in Einklang bringen lassen.

Wir verurteilen den Kommunismus vor allem deshalb, weil er eine vom Wesen her materialistische und gottlose Weltanschauung ist und weil die Regierungen, die sich von ihm leiten lassen, zu den schlimmsten Feinden gehören, die der Kirche und der Menschheit je erwachsen sind. Lügnerisch versichern sie ihre vollkommene Ehrfurcht vor allen religiösen Bekenntnissen, in Wahrheit aber zerstören sie nach und nach alle sozialen, caritativen, erzieherischen und apostolischen Werke der Kirche und zersetzen sie von innen her, indem sie die Bischöfe und die eifrigsten und tätigsten Priester unter verschiedenen Vorwänden ins Gefängnis sperren.

Wir verurteilen den Kommunismus auch deswegen, weil er ein System ist, das die Grundrechte der menschlichen Person brutal leugnet. Weil er, um die Gesamtkontrolle des Staates über die Produktionsmittel zu erlangen, überall eine Diktatur errichtet, in der eine kleine Gruppe durch Polizeiterror alle übrigen Mitbürger beherrscht. Weil er die Wirtschaft völlig der Politik unterwirft und oft genug das Wohl des Volkes dem Ehrgeiz und der Willkür der herrschenden Gruppe opfert.

Wir verurteilen den Kommunismus, weil er mehr und mehr das Eigentumsrecht abschafft und schließlich alle Bürger nicht nur zu Angestellten, sondern zu richtigen Sklaven des Staates macht. Weil er dem Volk das Recht auf Wahrheit vorenthält, indem der Staat sich aller Informationsmittel bemächtigt und nicht mehr duldet, daß die Bürger andere Meinungen zu hören bekommen als die der herrschenden Gruppe.

Wir verurteilen den Kommunismus, weil er in ungebührlicher Weise das Familienleben dem Staate unterordnet, die Frau aus dem Hause treibt und ihr schwere Arbeit aufbürdet und die Kinder in der Form erzieht, wie es der Staat wünscht, ohne Rücksicht auf das Elternrecht.

Wenn also die Kirche die Lehren und Taten des Kommunismus verdammt, so nicht etwa aus einem Vorurteil heraus oder im Namen bestimmter Gesellschaftsschichten, die sich von einem solchen Regime in ihren Interessen betroffen fühlen könnten; vielmehr tut sie es im Namen der unveräußerlichen Rechte aller Menschen, die auf diese oder jene Weise bedenkenlos von den kommunistischen Regierungen verletzt werden.

Unsere Söhne sollen also wissen und in ganz Kuba laut verkünden, daß die Kirche von weitestgehenden sozialen Reformen nichts fürchtet, wenn immer diese sich auf Gerechtigkeit und Liebe gründen; denn auch sie tritt freudig für das Volkwohl ein. Aber gerade darum, weil sie das Volk liebt und sein Bestes will, muß sie den Kommunismus verdammen. Die Kirche steht heute und immer auf

der Seite der Armen, niemals aber auf der Seite des Kommunismus.

Niemand also möge kommen und die Katholiken im Namen einer falsch verstandenen nationalen Solidarität bitten, wir mögen unsere Gegnerschaft gegen derlei Lehren verschweigen — wir würden ja damit unsere unabdingbaren Grundsätze verraten! Gegen den materialistischen und atheistischen Kommunismus steht die absolute Mehrheit des kubanischen Volkes, das katholisch ist und nur durch Betrug oder Vergewaltigung zu einem kommunistischen Regime verführt werden könnte. Möge die allerseeligste Jungfrau von der Liebe verhüten, daß jemals dergleichen in Kuba geschehe!“

Kuba vor einer Kirchenverfolgung?

Soweit das Dokument der kubanischen Hierarchie, das an Deutlichkeit der Sprache nichts zu wünschen übrigläßt. Seitdem hat sich jedoch der Kampf erneut zugespitzt. Die Gerüchte, daß Versuche im Gange seien, eine schismatische Nationalkirche zu schaffen, sind einstweilen nicht zu kontrollieren. Verschiedentlich werden kleinere und größere Schikanen gegen Priester und Ordensleute gemeldet. Von größerer Bedeutung aber sind folgende Tatsachen: 1. Das Unterrichtsministerium hat auch für die katholischen Schulen Lehrbücher vorgeschrieben, die marxistische Propaganda enthalten, und den Religionsunterricht in öffentlichen Schulen verboten. 2. Die Regierung hat am 12. September das katholische Rundfunk- und Fernsehinstitut beschlagnahmt mit der ausdrücklichen Begründung, die Sendungen enthielten Kritik an dem Regime. Besonders betroffen wurde das Rundfunkprogramm des „Verbandes katholischer Jungarbeiter“. Wiederum hat der Erzbischof von Santiago de Cuba, Enrique Pérez Serantes, in einem Hirtenschreiben seine Stimme gegen die Vergewaltigung erhoben. Er sagt unter anderem: „Es ist ganz offensichtlich, daß man den katholischen Einfluß ganz und gar ausschalten möchte. Dabei verfährt man nicht einmal langsam und bedächtig, sondern geht mit Riesenschritten vor . . . Heute werden diejenigen als Verräter angesehen, die sich gestatten, den Kommunismus zu bekämpfen und offen auszusprechen, daß sie mit den marxistischen Methoden nicht einverstanden sind. Es scheint so, als ob einzig die Kommunisten und ihre Gefolgschaft das Recht besitzen, die verbindliche Führungslinie für alle zu bestimmen . . . Die kubanischen Katholiken haben für die Revolution gekämpft und alles für sie gegeben, was zu geben war. Unter dem Katholizismus fand die Mobilmachung eines Volkes statt. Für die Revolution und den geliebten Fidel Castro spendete man alles: Geld, Kleidung, Gebet und Opfer. Die Männer, die in den Kampf zogen, marschierten zur Sierra Maestra, als ob sie zu einem Kreuzzug aufbrächen. Ihre Frauen und Töchter aber marschierten, mit dem Rosenkranz in der Hand, in den Städten . . . Wir würden gern wissen, wie viele Kommunisten das für die Revolution getan haben, was die Unsrigen getan haben. Aber im Kampf für die Revolution dachte niemand daran, daß uns einmal die eiserne Faust des Kommunismus drohen werde.“ Schließlich widerlegt der Erzbischof die von Fidel Castro und anderen Revolutionsführern aufgebraachte Behauptung, die kubanische Kirche stünde im Dienste der spanischen Falange und im Solde der Vereinigten Staaten: „An die Nordamerikaner bindet uns nichts, weder Blut noch Sprache oder Tradition. Wir müssen immer wieder feststellen, daß nordamerikanische

Funktionäre niemals irgendwelchen Einfluß auf uns ausgeübt haben, ebensowenig aber auch Falangisten oder Franquisten.“ Immerhin: wenn die Kirche in Kuba in die Verlegenheit kommen sollte, zwischen Amerikanern und Sowjets zu wählen, so könne es keinen Zweifel geben.

Das sind mutige und entschiedene Worte. Ob ihnen allerdings im Falle eines offenen Kampfes die erfolgreiche Tat folgen würde, bleibt abzuwarten. Vielleicht bleibt den Katholiken Kubas dieser Kampf erspart; sehr wahrscheinlich ist es allerdings nicht.

Fragen der Theologie und des religiösen Lebens

Der Christ als Chef

Auf der Jahresversammlung des Bundes katholischer Unternehmer in Bad Neuenahr sprach am 9. Oktober 1960 der Bischof von Essen, Dr. Franz Hengsbach, über die Verpflichtungen des Chefs gegenüber seinen Mitarbeitern. Es kam dem Bischof besonders darauf an, vom Evangelium her die eigentlich christlichen Maßstäbe für Verpflichtungen gegenüber dem Nächsten im Betrieb zu verkündigen, denen man durch ein bloß natürlich humanes Verhalten noch nicht genügt. Aber gibt es überhaupt solche Maßstäbe, und sind sie in der modernen Wirtschaft anwendbar?

Christlicher Geist im Betrieb

Die Jahresversammlung hatte das Thema „Christlicher Geist im Betrieb“ als Leitgedanken für ihre Beratungen gewählt. Der Geist Jesu Christi weht, wo er will. Auch die moderne Wirtschaft kann ihm keine Schranken setzen. Das ist eine Glaubensüberzeugung. Es muß also wohl auch möglich sein, dem Walten dieses Geistes die Tore der Betriebe zu öffnen. Sonst wäre das Christentum schal geworden. Aber nicht so einfach ist es zu sagen, wie der christliche Unternehmer diese Bereitschaft in die Tat umsetzen soll. Der Wirtschaftsbetrieb unserer Tage, der sich in erbitterter Konkurrenz behaupten muß, steht unter dem Zwang betriebswirtschaftlicher und technischer Regeln, die für menschliche Rücksichten wenig Raum lassen. Die Betriebskonzentration und -rationalisierung erzwingen die Einplanung und Einschaltung des einzelnen Mitarbeiters in einen anonymen Funktionsmechanismus. Allerdings gebietet auch die Rationalisierung eine gewisse Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse des Menschen. Aber diese Rücksichtnahme, vom Standpunkt des „reinen Unternehmers“ aus betrachtet, dient schließlich nur der rationellsten Auswertung der Leistungskraft des einzelnen Mitarbeiters. Man macht sich heute zwar viele Gedanken über die „menschlichen Beziehungen“ im Betrieb; doch führen die Psychologen dabei die Feder. Soziale Betreuung und Sorge für alles das, was man ein gutes Betriebsklima nennt, hat an und für sich noch nicht notwendig etwas mit Ethos zu tun. Doch sicher gibt es unter den Unternehmern nicht weniger als in jedem andern Beruf Menschen, die sich für ihre Mitarbeiter auch aus ethischen Motiven verantwortlich fühlen und denen deshalb die Gerechtigkeit, die Treue und die Rücksicht auf den Mitmenschen auch im Betrieb eine Herzenssache sind. Aber um diese Anständigkeit zu besitzen, braucht man noch nicht Christ zu sein. „Tun das alles nicht auch die Heiden?“ (vgl. Matth. 5, 47). Wenn man Dinge, die unter ordentlichen Menschen als selbstverständlich betrachtet werden, wie etwa Kameradschaft, Hilfe in augenblicklicher Not und ein gewisses Maß an Gemeinsinn, als spezielle christliche Tugenden bezeichnet oder gar als besondere christliche Verdienste herausstellt,

setzt man sich heutzutage dem Verdacht aus, mit falschen Etiketts zu arbeiten, und so kann es auch geschehen, daß die Rede vom christlichen Geist im Betrieb als hohles Pathos empfunden wird. Andererseits muß man sich davor hüten, mit der Idee des christlichen Betriebes oder Betriebsgeistes romantische Vorstellungen zu verbinden, die in früheren Zeiten vielleicht zu verwirklichen waren, aber durch den Wandel der sozialen Strukturen inzwischen überholt sind.

Aus allen diesen Gründen ist die Frage nach dem konkreten Gehalt und den unterscheidenden Merkmalen dieses so oft gebrauchten Begriffs alles andere als klar. Sie gehört vielmehr zu denen, die der Moralthologie und der Theologie des geistlichen Lebens heute in dem oft mißverstandenen Ruf nach einer „neuen Moral“ besonders eindringlich vorgehalten werden und die einstweilen nur mit fragmentarischen Hinweisen bedacht werden können. Ist sich doch die christliche Gesellschaftslehre bis heute noch nicht einmal grundsätzlich darüber einig, ob die Offenbarung der christlichen Soziallehre überhaupt neue Inhalte hinzufügt oder ob diese sich im Naturrecht erschöpft, worauf Professor Josef Höffner, der geistliche Berater des Bundes katholischer Unternehmer, in seinem einleitenden Beitrag zum 1. Band des Jahrbuches seines Institutes neuerdings hingewiesen hat. Deshalb ist der Vortrag des Bischofs von Essen von außergewöhnlicher theologischer Aktualität. Er enthält Ansatzpunkte zu einem konkreten Leitbild vom „christlichen Geist im Betrieb“.

Bischof Hengsbach war gebeten worden, über den „Betrieb als Mitarbeitergemeinschaft“ zu sprechen. Er formulierte dieses Thema in der — ihrem Inhalt nach — ganz einfachen biblischen Aussage: „Im Betrieb ist jeder dein Nächster!“ So wendete er das vieldeutige und vage Wort „Gemeinschaft“ sofort in die Richtung christlicher Auslegung.

In der Einleitung umschrieb er zunächst die biblische, christliche Bedeutung des Wortes „Geist“. Seiner Natur nach schon sei der Geist nicht etwas äußerlich Greifbares, erst recht nicht der „christliche Geist“: „Er ist z. B. nicht schon dadurch gegeben, daß in einem Betrieb, wie es mancherorts alte Sitte mit sich bringt, etwa am Anfang noch ein Gebet gesprochen wird, oder daß in den Räumen des Betriebs christliche Symbole zu sehen sind, vielleicht ein Kreuz oder — eine etwas zeitgemäße Abwandlung solcher Motive — in einem Raum eine Sammelbüchse steht für die kirchliche Aktion gegen Hunger und Krankheit in der Welt. Der christliche Geist im Betrieb wäre auch nicht schon ohne weiteres dadurch gegeben, daß sich die Kirche mit ihren Kulthandlungen in den Betrieb hineinbegibt, im Betrieb etwa eine Messe feiert. Ich will natürlich nicht sagen, daß solche äußeren Dinge zu verwerfen oder auch nur belanglos wären, im Gegenteil! Aber in ihnen offenbart sich offensichtlich nicht schlechthin der christliche Geist im Betrieb.“